Beim Eisbaden nicht wieder aufgetaucht — nach zweieinhalb Stunden (!) gerettet

TREPTOW — Ein 43-jähriger Mann ist gestern Morgen gegen 8.45 Uhr im Karpfenteich in Alt-Treptow beim Eisbaden unter Wasser geraten und zunächst nicht wieder aufgetaucht. 50 feuerwehrleute, Taucher und Drohnen suchen nach dem Mann unter dem Eis und hatten schließelich Erfolg. Sie konnten den Mann gegen 11.25 Uhr lebend bergen. Er wurde von einem Notarzt reanimiert und kam stark unterkühlt in ein Krankenhaus.

Der Mann hatte sich zusammen mit einer 21- und einer 55jährigen Frau sowie einem 44-jährigen Mann über zuvor in das Gewässer gehauene Löcher in den Karpfenteich begeben. Nachdem der 43-Jährige nicht mehr auftauchte, versuchten die 55-Jährige und zwei hinzukommende Männer im Alter von 41 und 37 Jahren, ihn zu retten. Dabei verletzten sich die Männer leicht.

Corona schlägt durch: 17,5% weniger Ausbildungsverträge geschlossen

BERLIN – Die Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) schläge Alarm. Die Zahl der Ausbildungsverträge für junge Menschen sank im vergangenen Jahr gegenüber 2019 um 17,5 Prozent. Besonders gravierend sind die Rückgänge – wenig erstaunlich – bei Gastronomie, Hotel- und Tourismusgewerbe mit mehr als 40 Prozent und sogar mit 50 Prozent bei Veranstaltungstechnikern.

IHK-Präsidentin Beatrice Kramm: "Vielen Betrieben fehlte — und fehlt — es an diesem Planungshorizont." Und den gebe es derzeit in der Corona-Krise nicht.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 14 900 Ausbildungsplätze von Berliner Unternehmen angeboten — 13 Prozent weniger als 2019. Davon blieben etwa 1600 Stellen unbesetzt. 3.400 junge Bewerber blieben ohne Ausbildungsplatz.

Die Arbeit alternativer Medien ist in diesen Zeiten eminent wichtig für unser Land. Schauen Sie nicht einfach zu! Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22!

"Vermieterschwein"-Skandal: 29 Stimmen reichten, um in den HU-Senat einzuziehen

BERLIN — Der Juso Bengt Rüstemeier hat nach massiver Kritik an seinen Gewaltphantasien gegen "Vermieterschweine", die zu erschießen seien, seine Funktionen in SPD und bei den Jungsozialisten niedergelegt. Damit kam er entsprechenden Aufforderungen aus Partei und Jugendorganisation nach. Zu amazon-Gründer Jeff Bezos hatte der Jung-Politiker getweetet:

"Sollte jeff bezos eines tages unerwartet den folgen einer sprengstoffverletzung erliegen, käme ich nicht umhin, eine klammheimliche freude zu verspüren."

Inzwischen rückt immer mehr eine andere Beschäftigung Rüstemeiers in den Vordergrund. Die CDU-Fraktion hält den Juso nach den widerwärtigen Äußerungen auf Twitter "als Mitglied des Akademischen Senats der Humboldt Universität für untragbar". "Jemand, der über Wochen in den sozialen Medien von Erschießungen fantasiert und zu Gewalttaten aufruft, kann für andere Studenten kein gutes Vorbild sein. Wir haben daher heute im Wissenschaftsausschuss unsere klare Erwartung geäußert, dass an der Uni ein Ausschlussverfahren eingeleitet werden sollte. Es wäre aber sicherlich besser für das Ansehen dieses Gremiums, wenn Herr Rüstemeier freiwillig zurücktritt", sagte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Adrian Grasse.

Die AfD im Abgeordnetenhaus fand inzwischen heraus, dass Rüstemeier seinerzeit mit nur 29 Stimmen in den Senat gewählt wurde. Mögliche Wähler waren rund 40.000. Und so stellt sich die Frage: Welche demokratische Legitimation haben überhaupt Leute wie Rüstemeier, in den Akademischen Senat der Humboldt-Uni einzuziehen?

Jugendlicher mit Tarnanzug und Waffe in Spandau

festgenommen

SPANDAU — Ein 17-jähriger in weißer Schnee-Tarnkleidung und mit einem Gewehr hat gestern Nachmittag einen Polizeieinsatz ausgelöst. Bei den Gewehr hat es sich um eine sogenannte Soft-Air-Waffe gehandelt. Zeugen hatten die Polizei alarmiert, als sie den Jugendlichen in Spandau sahen. Die Polizei sperrte das Gebiet ab und nahm ihn fest.

Bei dem jungen Mann fand sie neben der Waffe laut Polizei Munition, ein Messer und zwei Tarnnetze sowie andere Ausrüstung. Der Jugendliche wurde seinen Eltern übergeben. Er muss sich wegen Störung des öffentlichen Friedens und Verstoßes gegen das Waffengesetz verantworten.

Angriff mit Pfefferspray in der U-Bahn

MITTE — Eine Frau ist gestern Abend in einer U-Bahn der Linie U8 von einem ihr unbekannten Mann belästigt worden. Dabei habe der Mann sein Opfer mit Pfefferspray angesprüht. Beide stiegen dann am Bahnhof Jannowitzbrücke aus, wo der Angreifer unerkannt entkommen konnte. Aufgrund der erlittenen Augenreizungen und der damit verbundenen Orientierungslosigkeit fiel die Frau kurz darauf ins Gleisbett. Fahrgäste, die das zufällig mitbekamen, halfen der 42-Jährigen, wieder auf den Bahnsteig zu kommen. Die Frau wurde ins Krankenhaus zur Behandlung gebracht.

Wer war die tote Frau "Mannsfeld" wirklich?

BERLIN — Die Polizei versucht, die Identität einer Frau festzustellen, die sich aufs dem Fenster eines Steglitzer Hotels gestürzt hatte und dabei ums Leben kam. Die Frau hatte zuvor unter dem Namen "Maria Mannsfeld" an der Rezeption eingecheckt — ein Fake-Name. Gründe für den Suizid sind bisher völlig unklar — ebenso die wahre identität der Frau, die offenbar mehrere Identitäten benutzte. Neben "Anna Maria Mannsfeld" aus Soest im Sauerland war die Frau auch unter Annegret Richter ins Arnsberg gemeldet.

Die Polizei nimmt an, dass die Tote einen Bezug zu den nordrhein-westfälischen Orten Möhnesee und Arnsberg gehabt haben könnte, wo sie reale Straßennamen und Hausnummern angegeben hatte.

Mit einer Öffentichkeitsfahndung versuchen die Ermittler nun das Rätsel zu lösen. Danach sprang die Frau auf dem Foto bereits am 12. Januar aus dem Hotelfenster. Sie wird auf etwa 60 Jahre geschätzt und war 1,65 Meter groß. Der Frau wurde die linke Brust amputiert und die rechte teilweise. Außerdem hat sie über den Unterbauch eine Narbe, die auf eine mögliche Fettschürzen-Operation hindeuten könnte. Laut Polizei hat die Tote auch eine Ober- und Unterkieferprothese, die an implantierten Metallstiften im Kiefer befestigt wurden.

Wer die Frau kennt, wird gebeten, sich an die Vermisstenstelle des Landeskriminalamtes in Tiergarten oder an jede andere Polizeistelle zu wenden. Auch unter der Telefonnummer (030) 4664-912444 nehmen die Ermittler Hinweise entgegen.

240.000 kostenlose Masken für Bedürftige in Treptow-Köpenick

TREPTOW-KÖPENICK — Der Senat von Berlin hatte zuletzt festgelegt, die Maskenpflicht im ÖPNV sowie im Einzelhandel zu verschärfen. Zur Verteilung an bedürftige Personen erwartet das Bezirksamt Treptow-Köpenick in der kommenden Woche eine Lieferung von voraussichtlich 240.000 Masken. Nach Angaben des Senats sollen die Masken an folgende Bedürftigen-Gruppen verteilt werden: Arbeitslosengeld-II-Empfänger, Empfänger von Grundsicherungsleistungen sowie von Wohngeld und deren Haushaltsangehörige sowie Bezieher von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie Hilfen zum Lebensunterhalt sowie Hilfen zur Pflege. Auch Empfänger des Kinderzuschlags sowie von Bafög sollen die Masken kostenlos erhalten.

Die Verteilung im Bezirk Treptow-Köpenick wird dezentral, frühestens am 26. Januar 2021, erfolgen. Zurzeit werden die bezirklichen Masken-Ausgabestellen organisiert. Die Bekanntgabe der genauen Standorte erfolgt in Kürze.

Daneben hat sich der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) bereit erklärt, das Bezirksamt erneut bei der Verteilung der Masken zu unterstützen. Die Verteilung durch den ASB erfolgt am 26. Januar von 11 bis 18 Uhr vor dem Rathaus Köpenick in der Fußgängerzone.

Pro bedürftige Person werden maximal fünf Masken ausgegeben.

Unabhängige Behörden? Auch heute wird der Bote einer schlechten Nachricht geköpft

von KLAUS KELLE

BERLIN — Was Demokratie und Rechtsstaat allen anderen Systemen so deutlich überlegen macht, dass ist ein Grundvertrauen, das der Bürger in seinen Staat haben kann, oder sagen wir können sollte. Wenn ich Stress mit den Nachbarn habe oder bei einem Geschäft übers Ohr gehauen wurde, kann ich vor Gericht gehen und um mein Recht kämpfen. Wenn ich dazu zu wenig Geld habe, springt mein Staat ein, finanziert mir einen Rechtsanwalt und den Prozess, und wenn ich gute Argumente habe, kann ich gewinnen. Verliere ich, gibt es immer noch eine zweite Chance.

Ich kann sogar als einfacher Bürger gegen meine Regierung vor Gericht ziehen und gewinnen. Wie damals die beiden Stundenten aus Münster, die die Volkszählung zu Fall brachten. Oder vergangenen August in Berlin, die Initiative, die die Demo gegen die Corona-Manahmen erstritt gegen einen linken Senat, dem so viel Demokratie cdann doch lästig war. Nein, dieser Staat ist im Grundsatz gut, wir müssen halt aufpassen, dass wir ihn uns vor lauter bürgerlicher Behaglichkeit nicht aus den Händen nehmen lassen. Aber der Rahmen stimmt mit Grundgesetz, Gewaltenteilung und all diesen Errungenschaften.

Eine besondere Errungenschaft ist dabei auch der deutsche Beamte. Ja, der DEUTSCHE Beamte, ich betone das so, weil uns Deutschen in Sachen Bürokratie und Verwaltung keiner etwas vormacht. Die Ösis vielleicht, aber die sind ja auch eigentlich…lassen wir das! Formulare, Stempel, Ausweise…wie hasse ich all das, aber irgendwie gewöhnt man sich dran, und Vieles läuft ja bei uns auch besser als anderswo.

allerdings Behörden politisch instrumentalisiert werden, hört der Spaß auf. Damit meine ich nicht die üblichen Personalrochaden nach einem Regierungswechsel zum Beispiel. Als 2005 Jürgen Rüttgers von der CDU Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wurde - nach 40 Jahren Sozi-Herrschaft hat er nach Amtsantritt in der Landesverwaltung 66 Personalstellen neu mit seinen Leuten besetzt. 66! War ein großer Skandal damals, für mich das Normalste der Welt. Denn nach 40 Jahren SPD-Parteibuchwirtschaft, in der auch Hausmeisterstellen in Schulen danach besetzt wurden, ob man Genosse ist oder nicht, muss eine Verwaltung mit 330.000 Bediensteten arbeitsfähig im Sinne des Wählerwillens gemacht werden. 66 von 330.000 ist keine Parteibuchwirtschaft - aus meiner Sicht waren es viel zu wenig. Um NRW nach Rot-Grün politisch aufmöbeln zu können, hätte Rüttgers Hunderte Stellen neu besetzen müssen, aber das ist eine andere Geschichte.

Als in Chemnitz 2018 ein junger Mann bei einem Volksfest von einem "Flüchtling" ermordet wurde, war die Empörung zu recht groß. Am nächsten Tag demonstrierten 8.000 Bürger in Chemnitz gegen die Gewalt, die von einem Teil der "jungen Männer" aus Afghanistan, Syrien und Nordafrika in unserem Land praktiziert wird. Unter den Demonstranten waren auch Politiker der AfD zu sehen, und gleich lief die Maschinerie an. Alles Rechte, alles Rassisten und Nazis. Bloß dass die Beschreibung in den Medien - allen voran ARD und ZDF - mit der Realität nichts zu tun hatte. Ausländer seien aus der Demo heraus beleidigt und bedroht worden, es habe sogar "Hetzjagden" auf Ausländer gegeben, so die absurde Mär damals, der sich dann erst Regierungssprecher Seibert und dann die Bundeskanzlerin persönlich anschlossen. Als Beleg wurde ein kurzer Videoschnipsel von einem Typ, der über die Straße rennt, gezeigt. Hetzjagd. Einer von 8.000. Empörung nicht über die weitere Mordtat eines unserer internationalen Gäste, sondern stattdessen über einen, der über die Straße gerannt ist. Völlig irre. Framing par excellence.

Ein einziger wichtiger Staatsdiener blieb unbeeindruckt: Hans-Maaßen, damals Präsident des Bundesamtes Verfassungsschutz, unseres Inlandsgeheimdienstes. Er ließ sich von seinen Mitarbeitern vortragen, welche Erkenntnisse es über die Ereignisse in Chemnitz gab und teilte der Öffentlichkeit das Ergebnis mit: Es gab keine Hetzjagden auf Ausländer aus dieser Demo heraus. Es gab die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Verbreitung falsche Behauptungen durch höchste Politiker unseres Staates, begleitet durch Massenmedien, die jegliche Distanz zu den Mächtigen verloren haben. Das Ergebnis ist bekannt: Die, die die Unwahrheit sagten, sitzen auch heute noch in ihren Büros. Der Staatsdiener, der einfach nur seinen Job gemacht hat, wurde in den Ruhestand versetzt. Eine logische Fortführung der überlieferten Sitte aus dem Mittelalter, wonach der Überbringer einer schlechten Nachricht erst einmal geköpft wurde.

Damit kommen wir zum rot-rot-grünen Berliner Senat, der aus mir nicht mehr nachvollziehbaren Gründen immer noch von einer Mehrheit der Hauptstädter gewählt wird. Der deutsche Verfassungsschutz prüft gerade, ob die größte Oppositionspartei im Lande, die AfD, in Gänze und auch mit geheimdienstlichen Mitteln überwacht werden sollte. Ansätze dafür liefert der kleinere Teil von Fahnenschwenkern und völkischen Nationalisten zuhauf zur Freude von Massenmedien und den anderen Parteien. Dabei ist die AfD inzwischen zu einem Bestandteil des poltischen Systems geworden, das wohl nur noch durch durchgeknallte Rechtsaußen in den eigenen Reihen scheitern kann. Und diese Leute bemühen sich nach Kräften darum.

Am 11. Dezember verfasste der Berliner Verfassungsschutz ein Zwischengutachten zur Berliner AfD. Darin kommen die Beamten zu dem Ergebnis, dass es zumindest in Berlin keinen Anlass dafür gibt, die AfD als Verdachtsfall zu behandeln. Man hatte

akribisch gesucht und einfach so gut wie nichts gefunden, was rechtsextrem dort sein könnte und eine Überwachung der Partei rechtfertigen würde. Der Staat hat hingeschaut und dann einfach berichtet, was ist. Das Ergebnis kennen alle Zeitungsleser. Der Referatsleiter Rechtsextremismus des Berliner Verfassungsschutzes wurde vom Dienst freigestellt, die Innenverwaltung findet die AfD trotzdem irgendwie doof und sucht nun intensiv "den Verräter", der das 43 Seiten starke Gutachten in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Wenn wir aber der politischen Unabhängigkeit unseres Staates und seiner Institutionen nicht mehr vertrauen können, und wenn die Boten einer unerwünschten Nachricht geköpft werden, dann ist höchte zeit, ernsthaft besorgt zu sein.

Nachrichtenmedien wie BERLIN.JETZT können nur existieren, wenn uns unsere Leser tragen. Bitte unterstützen Sie engagierten Journalismus über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Lyrikerin Monika Rinck erhält Berliner Literaturpreis

BERLIN — Die Lyrikerin Monika Rinck («Honigprotokolle») erhält in diesem Jahr den Berliner Literaturpreis der Stiftung Preußische Seehandlung. Mit der 51-Jährigen werde eine Dichterin ausgezeichnet, «deren Werk durch Lust am Klang und gedankliche Präzision besticht», heißt es nach Angaben vom Dienstag in der Begründung der Jury. «Die Gedichte, Essays und Streitschriften erforschen Poesie als Erkenntnisform und

bieten analytischer Eleganz und Sprachwitz gleichermaßen eine Bühne.»

Der seit 1989 vergebene Literaturpreis zur Förderung der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur in erzählender und dramatischer Literatur sowie Lyrik ist mit 30 000 Euro dotiert. Gewürdigt werden sollen damit wesentliche Beiträge zur Entwicklung zeitgenössischer Literatur. Seit 2005 ist mit dem Preis das Angebot für eine Berufung auf eine undotierte Gastprofessur an der Freien Universität Berlin verbunden.

Verliehen werden soll der Literaturpreis am 9. Februar vom Regierenden Bürgermeister und Vorsitzenden des Rates der Stiftung Preußische Seehandlung, Michael Müller, im Berliner Rathaus.

Nach acht guten Jahren: Corona treibt Berlin wieder mit 1,5 Milliarden Euro in die Miesen

BERLIN — Acht Jahre lang hat das Land Berlin jedes Haushaltsjahr mit einem Finanzierungsüberschuss abgeschlossen. Mit der Corona-Pandemie hat diese Erfolgsserie nun ein Ende gefunden: Aufgrund massiver Einnahmeeinbrüche und erheblicher Mehrausgaben gegenüber der ursprünglichen Planung (vor Corona) beläuft sich das vorläufige Jahresergebnis auf minus 1,5 Mrd. Euro.

Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz (SPD): "Wir schließen das Haushaltsjahr aller Voraussicht nach mit einem Negativergebnis ab, das Berlin in dieser Höhe zuletzt im Jahr 2006 verzeichnete. Und wir können noch lange keinen Schlussstrich unter die Pandemie ziehen. Im Gegenteil: Auch für die

kommenden Monate besteht weiter große Unsicherheit mit Blick auf das Infektionsgeschehen und die damit einhergehende wirtschaftliche und steuerliche Entwicklung."

Mit der Möglichkeit der umfangreichen Aufnahme neuer Kredite verfügt Berlin über Haushaltsmittel, die die negativen Folgen des Lockdowns abfedern können. Diese Mittel dürfen ausschließlich Pandemie-bezogene Maßnahmen finanzieren. Wo dies möglich sei, könne man dann gegebenenfalls auch eine Sondertilgung vornehmen, um Lasten von zukünftigen Haushalten zu nehmen."

Massive Einnahmeeinbrüche

Die Einbrüche bei den Steuereinnahmen fallen mit minus 1,6 Mrd. Euro gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2020 erheblich aus — auch wenn sie sich gegenüber dem zweiten Nachtragshaushalt um 253 Mio. Euro leicht verbessert haben. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres gehen die Einnahmen um insgesamt rund fünf Prozent zurück.

Hinzu kommt ein Rückgang bei den sonstigen Einnahmen um rund 629 Mio. Euro, insbesondere bei den Bundeszuweisungen zur Soforthilfe (minus 900 Mio. Euro), denen aber auch entsprechend geringere Ausgaben gegenüberstehen. Dem standen Erstattungen des Bundes für Transferausgaben gegenüber (plus 386 Mio. Euro). Hier wirkte sich vor allem aus, dass der Bund seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB II um 25 Prozentpunkte erhöht hat, um die Kommunen weiter und dauerhaft zu entlasten. Der Anteil des Bundes ist prozentual an die Höhe der KdU-Ausgaben geknüpft.

Wieder hohes Investitionsvolumen

Auf der Ausgabenseite blieben die Personalausgaben, die gegenüber 2019 um etwa 548 Mio. Euro angestiegen sind, um rund 110 Mio. Euro (1,1 Prozent) hinter den Planungsannahmen zurück. Die konsumtiven Sachausgaben unterschritten ebenfalls die Ansätze in Höhe von rund 1,1 Mrd. Euro. Auch hier handelt es sind vor allem um Minderausgaben bei den Zuschüssen des

Bundes an Unternehmen zur Soforthilfe.

Die Bauinvestitionen erreichen mit fast 525 Mio. Euro ein neues Rekordvolumen. Auch das Gesamtniveau der Investitionen stabilisiert sich weiter auf hohem Niveau: Es liegt bei rund 2,3 Mrd. Euro, wovon rund 1,7 Mrd. Euro auf den Kernhaushalt entfallen und rund 572 Mio. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) abgeflossen sind.